

405/J XXI.GP

### ANFRAGE

der Abgeordneten Anton Heinzl, Peter Wittmann  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend finanzielle Aushöhlung der österreichischen Städte

Von der Regierung sind Bestrebungen im Gange, den Finanzspielraum der österreichischen Städte einzuengen und diese finanziell auszuhöhlen. So wird eine Abschaffung des sogenannten abgestuften Bevölkerungsschlüssels verlangt, der sich seit den zwanziger Jahren vorigen Jahrhunderts bewährt hat und bisher immer ein taugliches, interkommunales Instrument zur Abgeltung der höheren Infrastrukturkosten der Städte, wie zum Beispiel für Krankenhäuser und Kultureinrichtungen usw. gewesen ist.

Eine Einschränkung des finanziellen Handlungsspielraumes für die österreichischen Städte würde erhebliche Schwierigkeiten bei der Erfüllung von grundlegenden Pflichtaufgaben und Serviceleistungen für die Bürger mit sich bringen.

Die finanziellen Zukunftsaussichten der österreichischen Gemeinden sind äußerst unsicher, so dass kaum noch eine längerfristige Disposition möglich ist:

- Die Getränkesteuer ist Gegenstand eines Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof und unter Umständen von der Abschaffung bedroht. Vom künftigen Entfall dieser Einnahmequelle abgesehen droht auch noch die Rückzahlung der seit dem Jahr des EU - Beitritts (1995) vereinnahmten Mittel im Ausmaß von über 20 Mrd. Schilling.
- Eine Reihe anderer kommunaler Steuern - etwa Anzeigen - und Ankündigungsabgabe, aber auch die überaus wichtige Kommunalsteuer, werden immer wieder unter dem Aspekt ihrer Wirtschaftsfeindlichkeit zur Diskussion gestellt und könnten auf Sicht ebenfalls das Ziel von Abschaffungsbemühungen sein.
- Schließlich ist für die anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen zu befürchten, dass Bund und Länder versuchen werden, sich zu Lasten der Gemeinden höhere Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben zu sichern. Besonders bedroht erscheinen die

Städte, da die vom österreichischen Gemeindebund vertretenen kleineren Gemeinden zum interkommunalen Verteilungskampf aufrufen und, mit Unterstützung einer Reihe von Ländern, die Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels fordern. Dabei geht es um gewaltige Größenordnungen: z.B. würde Wien mehr als 3 Mrd., Linz etwa 800 Mio. und St. Pölten ca. 200 Mio. Schilling verlieren. Dass Einnahmeausfälle in dieser Höhe durch Einsparungen kompensiert werden könnten ist völlig unrealistisch.

Von Seiten der Bundesregierung ist bisher keine Position zur Frage der künftigen Finanzausstattung der Gemeinden bekannt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden sind für den Fall der Abschaffung der Getränkesteuer durch den EuGH ins Auge gefaßt?
2. Welche Einnahmequelle soll den Gemeinden ersatzweise erschlossen werden, wenn die Getränkesteuer fällt?
3. Bekennen Sie sich zum Prinzip des abgestuften Bevölkerungsschlüssels im Gemeinde - Finanzausgleich als Mittel zur Abgeltung der erhöhten Infrastrukturaufwendungen der Ballungsräume?
4. Werden Sie die Bestrebungen Ihres Vorgängers Edlinger, die Ankündigungs - und Anzeigenabgabe durch Zusammenfassung einer Werbesteuer in ihrem Bestand zu sichern, fortsetzen?
5. Wie sollen den Gemeinden die finanziellen Ausfälle durch die beabsichtigte Abschaffung der Ankündigungs - und Anzeigenabgabe abgegolten werden?
6. Kann man davon ausgehen, dass der Bund die notwendige Budgetkonsolidierung nicht zu Lasten der Finanzausgleichspartner anstreben wird?